



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

STADTRATSFRAKTION HALLE (SAALE)



BILANZ 2009 – 2014



**FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IM STADTRAT DER STADT HALLE (SAALE)**

BILANZ 2009 – 2014

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM STADTRAT DER STADT HALLE (SAALE)

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Marktplatz 2 (Stadthaus; Zimmer 109 & 105)
06108 Halle (Saale)

Tel.: 0345 – 221-3057

Fax: 0345 – 221-3068

E-Mail: gruene-fraktion@halle.de

Internet: www.gruene-fraktion-halle.de

V.i.S.d.P.: Dr. Inés Brock, Fraktionsvorsitzende

Bildnachweis: Titelbild, Porträts Stadträtinnen und -räte Seiten 2–6, Gruppenbild S. 16–17 © Uwe Köhn

Redaktionsschluss: Dezember 2013

Diese Broschüre wurde auf nach Blauer Engel und EU Ecolabel-zertifiziertem Recycling-Papier gedruckt.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Bündnisgrüne Stadträtinnen und Stadträte sind seit der Wende im haleschen Stadtrat aktiv. Doch lange Zeit gab es keine eigene grüne Stadtratsfraktion, unsere Ratsmitglieder waren oft in Fraktionsgemeinschaften unterschiedlicher Gruppierungen tätig. Insofern war die nach der Kommunalwahl 2009 gegründete Fraktion eine neue Chance, wichtige bündnisgrüne Anliegen umzusetzen. So konnten wir durch unsere Arbeit zeigen, dass wir als eine der kleinsten Fraktionen mit fünf von 56 Ratsmitgliedern eine sehr aktive Kraft im Stadtrat und eine entscheidende Ideengeberin geworden sind. Mitunter auch gegen deutliche Mehrheiten haben wir immer wieder versucht Schwerpunkte zu setzen.

Mit dieser Broschüre stellen wir Ihnen unsere Arbeit in der Wahlperiode 2009 bis 2014 vor.

Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende

Inhaltsverzeichnis

Vorstellung

Vorstellung der Stadträtinnen und Stadträte	2
Geschäftsstelle	8
Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner	9
Statistik der bündnisgrünen Ratsinitiativen	10

Bilanz

Schulische Bildungseinrichtungen	11
Bürgerbeteiligung und Transparenz	13
Finanzen und Haushaltskonsolidierung	14
Jugendhilfe	18
Klima- und Umweltschutz	20
Kommunale Sicherheit	22
Kultur	23
Sportförderung	26
Soziales, Gleichstellung und Integration	27
Stadtentwicklung und Stadtplanung	30
Verkehr	31
Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung	32



Dr. Inés Brock

Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin, Erziehungswissenschaftlerin

Die Stadt Halle (Saale) hat ihre besonderen Markenzeichen: Kultur, Wissenschaft und grüne Oasen wie die Peißnitz mit der Saale. Ich habe hier vier Söhne groß gezogen. Somit ist mein politisches Engagement mit meinen persönlichen Erfahrungen und Vorlieben verknüpft. Ich engagiere mich für den Erhalt einer vielfältigen und spannenden kulturellen Landschaft, setze mich für Familienfreundlichkeit und Förderung von Wissenschaft ein, fördere die Möglichkeit die stadtinterne Natur und den Fluss zu genießen und vertrete Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Als selbständige Therapeutin, Dozentin und Weiterbildungnerin im Nathusius-Institut für Psychologie, Bildung und Beratung trage ich beruflich ebenfalls zur Stärkung von Eltern, Kindern, Jugendlichen, Studierenden und Fachkräften bei.

Persönliche Homepage: www.ines-brock.de

Fraktionsvorsitzende (seit 2013)

stellvertretende Fraktionsvorsitzende (2011–2013)

Mitgliedschaft in Ausschüssen

- Hauptausschuss
- Kulturausschuss
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten
- Jugendhilfeausschuss
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung



Elisabeth Krausbeck

Doktorandin/Juristin

Für mich ist der Stadtrat eine funktionierende Interessenvertretung für die Bürgerinnen und Bürger von Halle. Stadträtinnen und Stadträte mit unterschiedlichen Hintergründen streiten um die Stadt betreffende Fragen und entscheiden darüber. Bei allen Verbesserungsmöglichkeiten halte ich demokratischen Streit für wichtig und nützlich, wenn es darum geht, alle Aspekte bei einer Entscheidung abzuwägen und mit der Stadtverwaltung Lösungen zu finden.

Ich lebe seit 11 Jahren in Halle und bin Doktorandin am juristischen Bereich der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wichtig ist mir, dass das Besondere von Halle erhalten bleibt und sich entwickelt und dass Kinder und Jugendliche in der Stadt die bestmöglichen Bildungs- und Entwicklungschancen haben.

stellvertretende Fraktionsvorsitzende
(2009–2011; seit 2013)

Mitgliedschaft in Ausschüssen

- Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten (Ausschussvorsitzende)
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sportausschuss



Christian Feigl

Selbständig/Vertrieb historischer Baustoffe

In Halle hat sich trotz erheblicher Verluste in den 1960er bis 1980er Jahren, aber auch nach der Wende, eine Altstadt mit zahlreichen bedeutenden Denkmälern erhalten. Daneben besitzt Halle einzigartige geschlossene Wohngebiete wie das Paulusviertel, die Siedlungsbauten im Süden oder Halle-Neustadt als Musterstadt der DDR-Moderne. Seit Jahren setze ich mich für den Erhalt der historischen Bebauung und der städtebaulichen Vielfalt ein.

Beruflich bin ich im denkmalpflegerischen Bereich tätig und betreibe einen Handel mit historischen Baustoffen. Nachdem ich seit 1999 als sachkundiger Einwohner im Planungsausschuss mitgearbeitet habe, bin ich Anfang 2013 in den Stadtrat nachgerückt.

Als Vater von drei Kindern liegt es mir besonders am Herzen, dass Halle ein breites Spektrum an Bildungsangeboten vorhält, um Heranwachsenden die besten Chancen für ihre Ausbildung zu bieten.

Persönliche Homepage:

www.denkmalbauhof.de

Mitglied im Gestaltungsbeirat

Mitgliedschaft in Ausschüssen

- Bildungsausschuss
- Ausschuss für Planungsangelegenheiten



Christoph Menn

Diplom-Geograph

Wir leben in einer latent weiter schrumpfenden Stadt, immer weniger Menschen müssen für die Kosten einer viel zu groß gewordenen Infrastruktur aufkommen. Kann es denn dann richtig sein, beispielsweise mit viel Geld einen Hafen zu betreiben, in dem nie ein Schiff anlegt, aber keine Mittel bereitzustellen, um unsere Schulen und Kindergärten zu sanieren? Man muss mit Sachverstand Prioritäten setzen. Lieber Großprojekte aufgeben, die Verwaltung der gesunkenen Einwohnerzahl anpassen und auf teure Beraterverträge verzichten, als die letzten Kultur- und Jugendeinrichtungen zu schließen oder freiwillig Aktiven die letzten Fördermittel zu streichen.

Ich lebe seit 20 Jahren in Halle, bin verheiratet und habe 2 Kinder. Beruflich bin ich selbstständig und Mitinhaber eines Büros für Landschaftsplanung und Landschaftsarchitektur in Halle.

Persönliche Homepage:

www.bankertundmenn.de

Mitgliedschaft in Ausschüssen

- Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
- Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF
- Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb
Zentrales Gebäudemanagement



Dietmar Wehrich

Diplom-Ingenieur für Landschaftsplanung/ Landtagsabgeordneter

Ich wohne im Paulusviertel, bin verheiratet, habe zwei Kinder und bin seit 2011 Landtagsabgeordneter. Vorher war ich angestellt beim Landesamt für Umweltschutz.

Seit 2004 bin ich Stadtrat und war bis 2009 Vorsitzender des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten. Im Rat setze ich mich für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, die Förderung erneuerbarer Energien, die Sicherung einer für alle bezahlbaren Kinderbetreuung, den Schutz von Freiflächen, eine intakte Umwelt sowie gegen Kürzungen bei der Kultur, den freiwilligen Leistungen und im sozialen Bereich ein. Ich stehe für ein lebenswertes und weltoffenes Halle, für ein entschiedenes Eintreten gegen Rechtsextrémismus. Ich wende mich gegen die Verschwendung von städtischen Mitteln. Mein Anspruch ist eine sachbezogene und bürgernahe Politik, um Perspektiven für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu eröffnen. Hierzu gehört unter anderem

die energetische Sanierung der städtischen Gebäude, deren reduzierter Energieverbrauch Geld einsparen helfen und zum Klimaschutz beitragen würde. Wichtig ist mir darüber hinaus ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, das nicht einseitig auf die Belange des Autoverkehrs ausgerichtet ist, sondern auch den öffentlichen Personennahverkehr und die Interessen der RadfahrerInnen und der FußgängerInnen berücksichtigt.

Persönliche Homepage:

www.dietmar-wehrich.de

Fraktionsvorsitzender (2009–2011 und 2013)

Mitgliedschaft in Ausschüssen

- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Ehemalige Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion

Oliver Paulsen

Stadtrat 2009–2012

In dieser Zeit Ausschussvorsitzender im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und Mitglied im Bildungsausschuss sowie von 2011 bis 2012 Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Hauptausschuss.

Seit Ende 2012 Referent für Grundsatzfragen im Büro des Oberbürgermeisters.



Dr. Gesine Haerting

Stadträtin 1999–2006

Sachkundige Einwohnerin 2009–2011

Stadträtin 2013

Geschäftsstelle

Stefan Suerbier

Geschäftsführer

Betreute Ausschüsse

- Bildungsausschuss
- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
- Hauptausschuss
- Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
- Rechnungsprüfungsausschuss

Christiane Heinichen

Referentin

Betreute Ausschüsse

- Jugendhilfeausschuss
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- Kulturausschuss
- Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
- Sportausschuss

Martin Grimm

Referent

Betreute Ausschüsse

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten
- Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF
- Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Die bündnisgrüne Stadtratsfraktion dankt allen Praktikantinnen und Praktikanten, die unsere Arbeit in den vergangenen Jahren unterstützt haben.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Von der Fraktion zur Mitarbeit in den Fachausschüssen des Stadtrates berufen:

Torsten Bau (Bildungsausschuss)

Steffen Ahrens (Jugendhilfeausschuss, Stellvertretung)

Ronald Gruner (Kulturausschuss)

Birgitt Berthold (Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten)

Dr. Henrik Helbig (Ausschuss für Planungsangelegenheiten)

Volker Preibisch (Rechnungsprüfungsausschuss)

Dr. Werner Lederer (Regionale Planungsgemeinschaft)

Dr. Sebastian Kranich (Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss)

Melanie Ranft (Sportausschuss)

Dr. Gerhard Kotte (Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung)

Ehemalige sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

John Dauert (Bildungsausschuss)

Wolfgang Burkart (Kulturausschuss)

Dr. Christian Anton (Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten)

Julia Burghardt (Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten)

Christian Feigl (Ausschuss für Planungsangelegenheiten)

Dr. Gesine Haerting (Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss)

Dr. Jeannette Drygalla (Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss)

Susann Hennig (Sportausschuss)

Erweiterte Fraktion

Neben den internen Fraktionssitzungen der Stadträtinnen und -räte tagt die bündnisgrüne Fraktion in der Regel zwei Mal monatlich in erweiterter Runde mit allen durch die Fraktion berufenen sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern als erweiterte Fraktion.

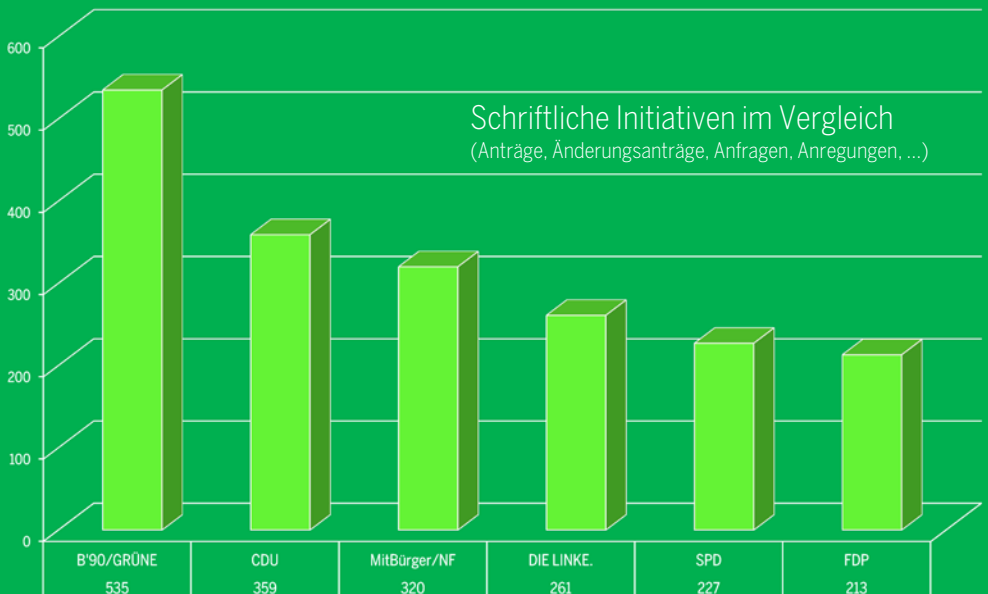


Ratsinitiativen der bündnisgrünen Fraktion

- Anträge (181)
- Änderungsanträge (82)
- Anfragen, schriftlich (252)
- Anfragen, mündlich (151)
- Anregungen, schriftlich (13)
- Anregungen, mündlich (19)
- Anträge auf Akteneinsicht (7)

Bilanz in Zahlen

Darstellung öffentlicher Ratsinitiativen bis inklusive Stadtratssitzung Dezember 2013. Quelle: Eigene Berechnung. Fraktionsübergreifende Anträge wurden jeder antragstellenden Fraktion zugerechnet. Nicht berücksichtigt sind direkt und nur in den Fachausschüssen gestellte (Änderungs)Anträge und Anfragen. Im unteren Vergleich sind mündliche Anfragen und Anregungen nicht berücksichtigt.



Schulische Bildungseinrichtungen

Der Stadtrat hat für den Bereich Bildungsangelegenheiten zwar einen eigenen Fachausschuss gebildet, viele Aspekte der schulischen Bildungseinrichtungen fallen allerdings nicht in die Kompetenz der Stadt Halle. Oftmals sind das Land oder die Schulen selbst zuständig, verantwortlich ist die Stadt allerdings z.B. für Schulgebäude und die Ausstattung der Schulen mit Sachmitteln.

Eine wesentliche Aufgabe der Stadt ist die Aufstellung und Fortschreibung von Schulentwicklungsplänen. In den Plänen finden sich der mittelfristige und langfristige Schulbedarf sowie die konkreten Schulstandorte. Unsere Fraktion hat in diesem kommunalen Politikfeld in der aktuellen Wahlperiode wesentliche Akzente gesetzt. Im Bereich der **Grundschullandschaft** haben wir uns entsprechend der Entwicklung der Schülerzahlen dafür eingesetzt, dass das bestehende Angebot wenigstens erhalten werden konnte. Geplante Schließungen wie z.B. bei der Grundschule Rosa-Luxemburg in Halle-Neustadt konnten verhindert werden. Unsere Kinder brauchen kurze Wege zur Grundschule. Maßgaben für das Vorhalten von Grundschulen müssen vorrangig die Wohnortnähe und eine angemessene Größe sein – und nicht allein die Haushaltskonsolidierung. Leider waren Fraktionsinitiativen für zusätzliche Grundschulen in der nördlichen und südlichen Innenstadt nur bedingt erfolgreich. Zwar wurde der Bedarf für solche zusätzlichen Schulen angesichts steigender Schülerzahlen und Kapazitätsproblemen bei den bestehenden Schulen allseits bestätigt, konkrete Lösungen stehen jedoch weiter aus. Während wir für die nördliche Innenstadt einen Umzug der Außenstelle der Berufsschule am Standort Weidenplan und die Eröffnung einer Grundschule am Weidenplan vorgeschlagen haben, dies allerdings keine Mehrheit fand, erfolgte für eine Grundschule Glaucha am Standort Heinrich-Pera-Straße sogar eine entsprechende Beschlussfassung im Stadtrat. Eröffnet wurde aber auch diese Schule bisher nicht, da das Landesschulamt eine Eröffnung angesichts des baulichen Zustandes des vorhandenen Schulgebäudes ablehnt und die

Stadtverwaltung sich nicht in der Lage sieht, dem Stadtrat in der aktuellen Wahlperiode Vorschläge zur Finanzierung der notwendigen baulichen Maßnahmen in den Bereichen Brandschutz und Sanitäreinrichtungen vorzulegen.

Intensive Diskussionen im Stadtrat gab es zur Zukunft der **Förderschulen** in der Stadt. Zwar wird überall die Inklusive Schule als Ziel ausgegeben, meist stimmen die Rahmenbedingungen allerdings weder im Hinblick auf das notwendige pädagogische Personal noch in Bezug auf die Raumausstattung in den Regelschulen. Dennoch hat die Stadtverwaltung mehrfach vorgeschlagen, im Förderschulbereich Standorte zu schließen. Höhepunkt war dabei sicher die Auseinandersetzung um die Förderschule für Lernbehinderte am Jägerplatz. Die grüne Fraktion hat sich mit der Ratsmehrheit lange für den Erhalt dieser kleinen innenstadtnahen Schule stark gemacht. Erst durch die fortgesetzte Nichtzuweisung von SchülerInnen an diese Schule durch das Landesschulamt war eine Schließung nicht mehr zu verhindern.

Zugestimmt wurde im Stadtrat Ende 2012 unserem Vorschlag, im nächsten mittelfristigen Schulentwicklungsplan ab 2014/15 eine **zusätzliche weiterführende Schule** vorzusehen. Der Bedarf ergibt sich aufgrund der erfreulicherweise steigenden SchülerInnenzahlen sowohl bei Gesamtschulen als auch an Gymnasien. Perspektivisch nicht ausreichenden Alternativvorschlägen der Stadtverwaltung, an den vorhandenen und ohnehin sehr großen Schulstandorten kontinuierlich weitere zusätzliche Klassen aufzunehmen, wurde zum Glück nicht gefolgt.

Investitionen im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur erfolgten auch in der aktuellen Wahlperiode leider nicht in ausreichendem Maße. Hatte Oberbürgermeisterin a.D. Dagmar Szabados noch 2007 bei ihrem Amtsantritt als Ziel die Sanierung aller Schulen und Kitas in Halle bis 2012 ausgegeben, ist auch 2013 eine Umsetzung in einem überschaubaren Zeitraum

nicht absehbar. Einige wenige Schulen konnten in Angriff genommen werden, die Liste der noch zu sanierenden Einrichtungen ist jedoch immer noch lang. Die städtischen Mittel reichen nicht einmal aus, um notwendige **Brandschutzmaßnahmen** zu realisieren, der Investitionsstau liegt nach Angaben der Stadtverwaltung insgesamt bei ca. 140 Mio. €. Auch mit Hilfe des Förderprogramms STARK III wird es unserer Auffassung nach in der Stadt nicht möglich sein, wie von der Landesregierung versprochen, bis 2019 alle bestandsfähigen Schulen und Kindertagesstätten energetisch zu sanieren und im Hinblick auf die IT-Ausstattung zu modernisieren. Eingesetzt hat sich unsere Fraktion in der laufenden Wahlperiode mehrfach dafür, dass wenigstens Einnahmen aus Grundstücksverkäufen verstärkt für Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden eingesetzt werden konnten.

Die Stadt Halle finanziert als Trägerin der **Schülerfahrkarte** unter bestimmten Voraussetzungen Aufwendungen der Schülerinnen und Schüler für die Nutzung von Straßenbahn und Bus auf dem Schulweg. Als gerecht kann man das bisherige System allerdings nicht wirklich bezeichnen. Voraussetzung für eine kostenfreie SchülerInnenbeförderung ist ein Mindestabstand von Schule und Wohnort, viele SchülerInnen haben daher keinen Anspruch. Tägliche Schulwege zu Fuß von 2 km bei Grundschulen und 3 km bei weiterführenden Schulen gelten als zumutbar. Wer sein Kind dennoch mit der Straßenbahn oder dem Bus fahren lässt, zahlt aktuell über 42 € für die Monatskarte. Bessere Lösungen für Halle verhindern hier vor allem Landesvorschriften. Beispielsweise bietet Leipzig – auch im Geltungsbereich des MDV – viel günstigere Alternativen an. Aktuell hat die HAVAG hier erfreulicherweise neue Angebote angekündigt.

Leider wurden in Halle in der aktuellen Wahlperiode die mit der bislang vorhandenen Schülerfahrkarte verbundenen Möglichkeiten weiter eingeschränkt. SchülerInnen mit Schülerfahrkarte können in den Abendstunden und am Wochenende den ÖPNV nicht mehr kostenfrei nutzen. Unsere Fraktion hat sich dafür eingesetzt, die Nutzungsmöglichkeiten in der Woche wenigstens auf einen Zeitraum bis 20 Uhr festzulegen, um außerschulische Aktivitäten zu unterstützen. Die Mehrheit des Stadtrates ist diesem Vorschlag leider nicht gefolgt. Erhalten geblieben ist erfreulicherweise bisher – trotz entsprechender Konsolidierungsvorschläge – der grundsätzliche Anspruch von SchülerInnen freier Schulen auf die Schülerfahrkarte. Unsere Fraktion hat sich für den Erhalt dieser städtischen Leistung stark gemacht.

Bürgerbeteiligung und Transparenz

Bürgerbeteiligung ist für uns ein Grundprinzip einer lebendigen kommunalen Demokratie. Deshalb hat sich unsere Fraktion dafür eingesetzt, Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern und die Beteiligungsrechte zu stärken. Beteiligung festigt die Identifikation der BürgerInnen mit ihrer Stadt, fördert das Verständnis für kommunale Entscheidungen und erhöht die Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen. Wichtig war und ist uns daher die intensive **Zusammenarbeit** mit zahlreichen Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen und anderen Interessensgruppen. Deren Anliegen haben wir mit Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Initiativen in unseren Fraktionssitzungen diskutiert und dann in Initiativen im Stadtrat umgesetzt.

Wesentliche Voraussetzung für Beteiligung und ein „Einmischen“ ist dabei eine größtmögliche Transparenz beim Handeln von Stadtverwaltung und Stadtrat. Hier lag ein Schwerpunkt unserer Ratsinitiativen. So wird auf unsere Initiative hin der **Wortlaut der einzelnen Stadtratsbeschlüsse** im regelmäßig erscheinenden Amtsblatt der Stadt veröffentlicht und nicht nur, wie vorher, die Überschriften der einzelnen Vorlagen oder Anträge, die in der Regel kaum Aufschluss über den Gegenstand der Beschlüsse zuließen. Die Umsetzung eines ebenfalls von uns initiierten Ratsbeschlusses zur Übertragung der Stadtratsitzungen als **Livestream** im Internet steht bisher noch aus.

Vorgeschlagen haben wir 2010, dass Stadtverwaltung und städtische Unternehmen regelmäßig über **Spenden- und Sponsoringaktivitäten** informieren. Sponsoring dient einerseits dem Bedürfnis der öffentlichen Hand in Zeiten knapper Haushaltsmittel, Aktivitäten und Ziele mit der Unterstützung privaten Sponsorings zu fördern. Andererseits eröffnet es GeldgeberInnen auch die Möglichkeit, eine öffentlichkeitswirksame Präsentation zu erreichen. Die öffentliche Verwaltung ist bei der Annahme von Sponsoringleistungen gehalten, jeden Anschein sachfremder Einflussnah-

me zu vermeiden, um Integrität und Neutralität zu wahren. Mittlerweile veröffentlicht die Stadt entsprechende Übersichten mit den Zahlungen an die Stadt in den jeweiligen Jahresrechnungen. Unser Vorschlag, dass auch die städtischen Betriebe eigene Aufstellungen zu getätigten Sponsoringleistungen in den jährlichen Geschäftsberichten veröffentlichen, wurde im Stadtrat abgelehnt.

Engagiert hat sich unsere Fraktion für eine Stärkung von Bürgerbeteiligung und Transparenz durch **E-Government**. Unter dem Schlagwort „E-Government“ wird ein breites Bündel an internetgestützten Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung, der Angebotsverbesserung und der Öffnung von Verwaltung und Politik verstanden. Auf unseren Antrag hin hat sich der Stadtrat 2011 zu einer Ausweitung der städtischen E-Government-Angebote bekannt, in der Folge wurden Teil-Projekte aus den Bereichen OpenData (öffentliche Bereitstellung von erhobenen Daten) und Open-Government (informations- und kommunikationstechnologiegestützte Bürgerbeteiligung, z.B. eine Plattform „Bürgerhaushalt“) in den städtischen Masterplan E-Government 2013 – 2020 übernommen.

Eingesetzt haben wir uns auch dafür, dass **Bebauungspläne** sowohl in Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung als auch als fertige Satzungen auf der städtischen Homepage veröffentlicht werden. Der Stadtrat ist diesem Vorschlag gefolgt, die Umsetzung erfolgt schrittweise.

Finanzen und Haushaltskonsolidierung

Der Stadtrat in Halle ist noch weit davon entfernt, den Haushalt politisch strategisch zu steuern. Der Haushalt ist nach unserer Auffassung auch nach Einführung der Doppik nicht ausreichend transparent, die Umsetzung gefasster Ratsbeschlüsse nur an wenigen Stellen sichtbar. Haushaltspositionen auf der Grundlage von Beschlüssen zu Spielflächenkonzeption, Radverkehrskonzeption oder des Klimaschutzkonzeptes sind z.B. nicht zu finden.

Halle ist nach wie vor in hohem Maße verschuldet. Dies schränkt die Handlungsspielräume des Stadtrates enorm ein. Um Autonomie in der Ausgabenplanung zurückzugewinnen, ist daher weiterhin die Haushaltskonsolidierung das große Thema. Allerdings behindern die immer wieder neu zu führenden Konsolidierungsdiskussionen die Gestaltung fast aller Lebensbereiche in der Stadt.

In der bisherigen Darstellung von Investitionsmaßnahmen im Haushaltsplan der Stadt wird darauf verzichtet, neu aufgenommene Projekte hinsichtlich der Dringlichkeit zu erläutern und im Verhältnis zu nicht finanzierbaren Projekten darzustellen. Die Entscheidung über die Verteilung der nicht ausreichenden Mittel auf die einzelnen Investitionsbereiche erfolgt bisher stets im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes durch die Stadtverwaltung selbst und ist im Rahmen der eigentlichen Haushaltsdiskussionen kaum abänderbar. Vorgeschlagen haben wir daher in der aktuellen Wahlperiode die längst überfällige Erstellung einer jährlich durch den Stadtrat fortzuschreibenden **Prioritätenliste** im Bereich der Investitionen. Zwar wurde unserem Antrag im Stadtrat zugestimmt und für einzelne Investitionsbereiche tatsächlich prioritäre Vorhaben festgelegt (z.B. Schulbauprojekte, Städtebaufördermaßnahmen), eine echte umfassende Diskussion im Stadtrat über die Bereitstellung von Finanzmitteln zu Gunsten oder zu Lasten einzelner Investitionsbereiche fand bisher jedoch nicht statt.

Thematisiert haben wir mehrfach im Stadtrat die aus unserer Sicht nicht ausreichende Finanzausstattung der Stadt durch Land und Bund. Eine Überprüfung der **Finanzausstattung** durch das Landesverfassungsgericht ist aus unserer Sicht notwendig. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag in den Stadtrat eingebracht, doch Stadtverwaltung und Stadtratsmehrheit haben rechtliche Auseinandersetzungen bisher gescheut. Dabei wird auch Halle immer wieder aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen mit zusätzlichen Aufgaben konfrontiert, für die keine ausreichende Finanzausstattung erfolgt. Jüngstes Beispiel dafür ist die Umsetzung des neuen Kinderförderungsgesetzes. Hinzu kommen vor allem jährliche Kostenzuwächse bei den vom Bund definierten sozialen Pflichtleistungen. Außerdem können unverzichtbare Investitionen bei den städtischen Immobilien, bei Schulen und Kitas (u.a. auch beim Brandschutz), bei der Sanierung von Straßen, Rad- und Fußwegen sowie bei Grünflächen und Spielplätzen nicht im notwendigen Umfang erfolgen. Auch für sogenannte freiwillige Aufgaben, wie die Förderung der Aktivitäten von Vereinen und Verbänden im sozialen Bereich und im Sport, ist immer weniger Geld vorhanden. Förderprogramme mit hohen Förderquoten können aufgrund nicht vorhandener Eigenmittel ebenfalls nicht genutzt werden.

Die grüne Stadtratsfraktion hat sich seit 2009 mehrfach für gezielte **Investitionen in städtische Gebäude und Einrichtungen** eingesetzt, um laufende Kosten zu senken. Einerseits haben wir in diesem Zusammenhang immer wieder die Erstellung eines Raumkonzeptes für die Verwaltungsgebäude der Stadtverwaltung eingefordert, welches bisher leider immer noch nicht vorliegt. Andererseits wurde beispielsweise auf unsere Initiative hin festgelegt, dass auf Grundlage der städtischen Energieberichterstattung 2011 neun konkrete rentierliche Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der **Energieeffizienz** (Erneuerung oder Austausch von Anlagentechnik bzw. bauliche Maßnahmen zur Wärmedämmung) bis

2014 durchgeführt werden sollen. Eine Umsetzung scheiterte dann allerdings auch wieder an fehlenden Finanzmitteln.

Wesentliche Angelegenheiten städtischer Unternehmen sind grundsätzlich im Stadtrat zu beraten. Dies erfolgt derzeit nicht im notwendigen Umfang. Die Mehrheit im Stadtrat ist der Auffassung, dass relevante Vorgänge mit strategischen Aspekten lediglich in den Aufsichtsgremien zu diskutieren sind. Unsere Fraktion hat in verschiedenen Fällen versucht, öffentliche Diskussionen und Positionierungen des Stadtrates anzustoßen. Thematisiert wurde von uns z.B. die Situation der **Hafen Halle GmbH**, einer Tochter der Stadtwerke. Obwohl die Bilanz nicht mehr durch Abschreibungen belastet ist, fährt dieses Unternehmen seit vielen Jahren hohe Verluste in einer Größenordnung von bis zu 1 Mio. € ein, die vom Stadtwerkekonzern ausgeglichen werden müssen. Da ein Gütertransport über Schiffe auch weiterhin nicht stattfinden wird, existiert auch für die Zukunft keine Aussicht auf eine Reduzierung des Defizites. Wir sind der Auffassung, dass die Stadt sich ein solches verlustbringendes Unternehmen schlicht nicht leisten kann und haben deshalb beantragt, ein Konzept zur Schließung der Hafen Halle GmbH zu erstellen. Der Antrag wurde bisher noch nicht abschließend entschieden.

Darüber hinaus haben wir in vielen Initiativen auf finanzpolitisch kontraproduktive Aktivitäten der Stadt aufmerksam gemacht. Dies betrifft z.B. den Bau des **Stadions**, bei dem auf teure Details wie z.B. den luxuriösen VIP-Bereich hätte verzichtet werden können. Der Landesrechnungshof teilt unsere Bedenken und hat einen umfangreichen Bericht zum Stadion veröffentlicht. Das betrifft auch die fragwürdigen Investitionen in das Industriegebiet an der A 14 im Osten der Stadt, den sog. **„Star-Park“**. Hier wurden mehr als 100 Mio. € investiert, davon ca. 50 Mio. € städtische Mittel ohne entsprechende Nachfrage von Unternehmen. Nun muss die Stadt die sehr hohen laufenden Kosten finanzieren. Das gleiche gilt auch für die von der Stadt durchgeführten sog. **PPP**- bzw. Lebenszyklusprojekte, die laut einem Bericht des Landesrechnungshofes ebenfalls nicht wirtschaftlich sind.

Aktuelle und ehemalige Mitglieder der erweiterten

Von links nach rechts: Ronald Gruner, Oliver Paulsen, Dr. Inés Brock, Christian Feigl, Christiane Heinichen, Dietmar Weirich, Dr. Henrik Helbig, Christoph Menn, Elisabeth Krausbeck, Dr. Sebastian Kranich, Melanie Ranft, Dr. Gerhard Kotte, Julia Burghardt, Martin Grimm, Stefan Suerbier

bündnisgrünen Stadtratsfraktion und Geschäftsstelle



Jugendhilfe

Im Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle werden Angelegenheiten der Jugendhilfe beraten und in grundsätzlichen Angelegenheiten auch beschlossen. Einer der größten Erfolge der grünen Fraktion im Bereich Jugendhilfe war in dieser Wahlperiode die Schaffung der Stelle einer/eines **Kinder- und Jugendbeauftragten** zum Mai 2011. Unsere Überlegungen, wie man die Interessen der Kinder und Jugendlichen stärker in den Fokus der Kommunalpolitik rücken kann, hatten uns zu dem Entschluss geführt, für die Einsetzung einer/eines hauptamtlich tätigen Kinder- und Jugendbeauftragten zu streiten – eine Stelle, die es bis 2003 bereits einmal gab. Wir sind froh, dass Kinder und Jugendliche der Stadt nunmehr wieder eine zentrale Anlaufstelle in der Stadt für ihre Belange haben.

Beteiligungsmöglichkeiten und Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen sind ein zentrales Anliegen der grünen Stadtratsfraktion, denn sie bilden die Voraussetzung für die Gestaltung einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Stadt. Ein sehr augenscheinlicher Indikator für die Familienfreundlichkeit einer Stadt sind Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, beispielsweise in Gestalt von Spielplätzen, Streetball- und Skateranlagen sowie Bolzplätzen. Nicht immer müssen dabei kostenintensive teure Spielgeräte angeschafft werden. Einfache Lösungen sind auch unter Verwendung natürlicher Materialien wie Holz, Stein, Sand oder Kies möglich und eignen sich hervorragend zum kreativen Spielen. Jugendliche hingegen benötigen unserer Auffassung nach oftmals schlicht ausreichend Orte und Plätze, um sich treffen und „abhängen“ zu können. Vor diesem Grund haben wir uns in der aktuellen Wahlperiode sehr intensiv mit verschiedenen Initiativen um die **Spielflächen und Spielräume** in der Stadt bemüht. Beispielsweise haben wir mit einer Antragsinitiative im Jahr 2010 für den mit Spielplätzen nicht ausreichend versorgten Stadtteil Glaucha Lösungen eingefordert. Immer wieder thematisiert wurde von uns außerdem die Instandsetzung beschädigter Spielgeräte,

so im Fall der hochwassergeschädigten Spielplätze auf der Peißnitz 2011. Aber nicht nur die Beseitigung von Schäden ist Voraussetzung für das Spielvergnügen, sondern auch die regelmäßige Pflege der Anlagen. Um z.B. einen regelmäßigen Austausch des Spielsandes gewährleisten zu können, ist ein entsprechender Etat erforderlich, für den wir uns alljährlich in den Haushaltberatungen eingesetzt haben. Die aktuelle Situation kann nicht als zufriedenstellend eingeschätzt werden, für die grundlegende Pflege und Instandsetzung der Spielflächen wird zu wenig Geld eingesetzt. Zum baulichen Zustand der Bolzplätze haben wir uns 2010 in einer schriftlichen Anfrage informiert. Aktuell erfolgte im Dezember 2013 die längst überfällige Fortschreibung der Spielflächenkonzeption der Stadt aus dem Jahr 2006. Hier konnte unsere Fraktion insofern Akzente setzen, als dass einem Antrag zur Aufnahme von verschiedenen Projekten der Grunderneuerung und Erweiterung von Spielflächen in unterversorgten Stadtvierteln wie der Altstadt, dem Paulus- und Giebichensteinviertel, Glaucha und Nietleben in die Investitionsplanung der Stadt im Stadtrat zugestimmt wurde.

Mit der Änderung des Kinderförderungsgesetzes zum 1. August 2013 wurde in Sachsen-Anhalt der bereits existente gesetzliche Anspruch zur Kitabetreuung wieder auf eine Ganztagsbetreuung für alle Kinder ausgeweitet. Dies setzt natürlich voraus, dass Betreuungskapazitäten in entsprechender Quantität und Qualität verfügbar sind – sei es in einer Kindertagesstätte oder in der **Tagespflege**. Aus unserer Sicht wurde die Betreuungsform Tagespflege in der Vergangenheit durch die Stadt Halle sehr stiefmütterlich behandelt. Wie eine Anfrage von uns im Jahr 2012 ergab, sind in Halle deutlich weniger Tagesmütter und Tagesväter aktiv als in unseren Nachbarstädten Magdeburg und Leipzig. Wir haben uns der Sache angenommen und dieses Thema auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt. Konkret haben wir die Erstellung einer kommunalen Richtlinie für die Tagespflege beantragt. Schließlich müssen sich Eltern über das Betreuungsangebot umfas-

send informieren können, es müssen verbindliche kommunale Standards gelten. Die überwältigende Zustimmung des Stadtrates hinsichtlich unseres Anliegens zur Erstellung kommunaler Regularien machte einmal mehr die Notwendigkeit deutlich. Die Richtlinie selbst wurde im Stadtrat im November 2013 beschlossen.

Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit Betreuungsplätzen ist die Bereitstellung von wohnort- bzw. arbeitsplatznahen Betreuungskapazitäten. Für Eltern bedeuten sie im Alltag eine erhebliche Entlastung, weil sich Wege und Fahrzeiten verkürzen. Um dem planerisch stärker Rechnung tragen zu können, wurde von uns daher per Antrag gefordert, die jährlich im Voraus von der Stadt zu erstellende Bedarfs- und Entwicklungsplanung für Kindertagesstätten ab 2014 auf der kleinteiligeren Ebene der Sozialräume vorzunehmen und gleichfalls die Betreuungsplätze in der Tagespflege zu berücksichtigen. Der Stadtrat ist unserem Anliegen gefolgt.

Wir vertreten darüber hinaus die Auffassung, dass zu einem familienfreundlichen Betreuungsangebot auch eine familienfreundliche finanzielle Beteiligung der Familien an den Kostenbeiträgen gehört. Unsere Fraktion hat sich daher gleich zu Beginn der Wahlperiode im Jahr 2009 darum bemüht, die **Gebührensatzung für die Benutzung** der Kindertageseinrichtungen entsprechend zu gestalten. Dem ging eine Änderung der Kitagebührensatzung zum Ende der vorhergehenden Wahlperiode voraus, die eine enorme Kostensteigerung für die Familien zur Folge hatte. So haben wir uns für eine gesonderte Regelung für Mehrkindfamilien – eine sogenannte Geschwisterermäßigung – eingesetzt.

Allerdings scheiterte dieses Vorhaben am Willen der Stadtratsmehrheit. Im Zuge der Beratung der neuen Kostenbeitragssatzung, die in der Folge der KiFöG-Novellierung im Jahr 2013 erforderlich war, haben wir einen weiteren Versuch unternommen, über die Beantragung einer neuen Geschwisterermäßigung die Kostenbeiträge für Mehrkindfamilien zu reduzieren. Erneut haben wir dafür keine Zustimmung im Stadtrat erhalten.

Eine Entwicklung, die wir mit Sorge verfolgen, ist der sich fortsetzende Anstieg der Zahl der Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert und auf externe Hilfe angewiesen sind. Wir stehen einer Entwicklung in Familienstrukturen gegenüber, die immer häufiger das Eingreifen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) und der freien Träger erfordert, um Gefährdungssituationen für Kinder und Jugendliche zu vermeiden. Um diese Herausforderung bewältigen zu können, bedarf es einer ausreichenden Anzahl an Fachkräften. Im Jahr 2012 blieb ein Teil der Stellen in der Stadtverwaltung im Bereich ASD leider für längere Zeiträume unbesetzt, mit der Folge, dass sich diese psychisch sehr anstrengende Arbeit auf noch weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verteilte. Wir haben die **Personalsituation** im Fachbereich Bildung zum Thema gemacht und haben uns in den Haushaltsberatungen 2014 gegen Kürzungen im Stellenplan im betreffenden Fachbereich positioniert.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz bildeten einen Schwerpunkt im Kommunalwahlprogramm 2009 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Folgerichtig hat unsere Fraktion im zuständigen Fachausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten gerne den Vorsitz in der aktuellen Wahlperiode übernommen.

Bereits im April 2008 hatte sich der Stadtrat auf grüne Initiative hin dazu bekannt, die Stadt Halle als Vorreiter („**Modellstadt**“) für Klimaschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu erarbeiten und eine Handlungsstrategie zu entwickeln. Gleichzeitig hatten wir eingefordert, ein Konzept mit lokalen Maßnahmen zu erarbeiten, wie den absehbaren Folgen des Klimawandels für unsere Stadt, der zunehmende Hitzebelastung in der Innenstadt und den steigenden **Hochwassergefahren** entgegengewirkt werden kann. Mit Stadtratsmehrheit wurde dieser Vorschlag allerdings 2009 abgelehnt. Die extremen Hochwasserereignisse 2011 und 2013 machten den Handlungsbedarf, den wir mit unserem Antrag aufgezeigt haben, dann allerdings in drastischer Art und Weise deutlich. Bei einer frühzeitigen Auseinandersetzung besonders mit dem Thema Hochwasserschutz hätten die notwendigen Maßnahmen deutlich früher eingeleitet werden können.

Der Antrag führte aber immerhin zu dem Erfolg, dass Ende 2012 ein extern erarbeitetes **kommunales Klimaschutzkonzept** für Halle vorgestellt wurde. Daraufhin hat sich unsere Fraktion dafür eingesetzt, dass der Stadtrat konkrete Einsparziele im Bereich der CO₂-Emissionen verbindlich festlegt und ein Umsetzungsplan erarbeitet wird. Die Festlegung auf ein explizites CO₂-Einsparziel wurde zwar von der Stadtverwaltung unterstützt, allerdings gab es im Stadtrat hierfür keine Mehrheit. Ein Umsetzungsplan mit finanziell unteretzten Maßnahmen fehlt weiterhin.

Gegen unsere Stimmen wurde im Stadtrat im Jahr 2013 die **Mitgliedschaft** in den Vereinen Klimabündnis e.V. und Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. gekündigt. Während in anderen Kommunen gesonderte Förderinstrumente neu geschaffen werden, um Engagement anzuerkennen und notwendige Finanzierungsbausteine für die Beantragung von Fördermitteln bereitzustellen, hat die Stadt Halle eine finanzielle Förderung im Bereich Klima- und Umweltschutz damit nahezu komplett aufgegeben. Beim Klimabündnis e.V. wurde die Kündigung inzwischen befristet ausgesetzt, um doch noch die Teilnahme als Testkommune an einem Pilotprojekt für die Entwicklung eines kommunalen Planungsassistenten zu ermöglichen.

Halle ist eine grüne Stadt. Seit 1998 ist ein Großteil des städtischen Baumbestandes über eine Satzung geschützt, 2011 wurde die Satzung überarbeitet. Im Rahmen der Diskussion um die Änderungen an der **Baumschutzsatzung** hat sich unsere Fraktion intensiv mit verschiedenen Vorschlägen eingebracht. Zwar sind schlussendlich nicht alle Ideen in die Neufassung aufgenommen worden, die Zielsetzung einerseits eine bürgerfreundliche und handhabbare Regelung zu schaffen und andererseits das schützenswerte Stadtgrün zu sichern, konnte aber erreicht werden. Allerdings muss auch konstatiert werden, dass in der Praxis der Schutz des Baumbestandes leider oftmals hinter andere Interessenlagen zurücktreten muss. Beispiele dafür sind die realisierten Alleebaumfällungen in der Otto-Stomps-Straße und Fiete-Schulze-Straße in Halle-Ost. Dass es immer Kompromisslösungen gibt und keine Planung alternativlos ist, haben Änderungen bei der Realisierung des Spielplatzprojektes am Preßlersberg gezeigt. Dort konnten durch bürgerschaftliches Engagement mehrere große Straßenbäume trotz Umgestaltung erhalten werden. Eingesetzt haben wir uns auch für den Erhalt der Baumallee (122 Linden) in der Pfännerhöhe, wo eine Sanierung der Straße ansteht.

In der Stadt stehen keine ausreichenden Mittel zur Finanzierung der **Ersatzpflanzungen** in den Fällen zur Verfügung, in denen die Stadt selbst Bäume gefällt hat. Deshalb konnten in den vergangenen Jahren nicht so viele Bäume nachgepflanzt werden wie gefällt wurden. Diesen Trend gilt es zu stoppen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir deshalb über Änderungsanträge mehrfach die Erhöhung der entsprechenden Haushaltsposten eingefordert. Den Anträgen wurde dann auch im Rat zugestimmt. Dennoch bleibt noch viel zu tun. Weder können die Mittel als ausreichend angesehen werden noch findet eine hinreichende Information über die beabsichtigten Baumfällungen statt.

Bereits seit 2005 gibt es für den Ballungsraum Halle aufgrund von Überschreitungen der Feinstaubgrenzwerte einen Luftreinhalte- und Aktionsplan. Da auch in den Folgejahren die Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide regelmäßig überschritten wurden, wurde auf Anordnung des Umweltministeriums ab September 2011 eine **Umweltzone** eingerichtet. Obwohl der Stadtrat bzw. die Stadt insgesamt hier explizit nicht zuständig ist, wurde das Thema im Vorfeld sehr vehement und kontrovers diskutiert. Heute ist die Umsetzung der Maßnahme unspektakuläre Realität. Leider sind viele der damals neben der Umweltzone zusätzlich avisierten Maßnahmen inzwischen wieder in Vergessenheit geraten, Umsetzungsberichte fehlen. Für uns nicht nachvollziehbar sind die großzügigen Ausnahmeregelungen und bestehenden Kontrolldefizite für die Umweltzone. So dürfen städtische Behörden Verstöße wegen nicht eingehaltener Abgaswerte bei Fahrzeugen aufgrund einer Landesregelung nicht ahnden.

Neben Baustellenlärm wird vor allem Verkehrslärm von den meisten Menschen als besonders störend empfunden. Unsere Fraktion hat sich in der aktuellen Wahlperiode an vielen Stellen für notwendigen **Lärmschutz** in Halle eingesetzt.

Ein Beispiel ist dabei die Unterstützung der Aktivitäten zur Minderung des Fluglärms am Flughafen Leipzig/Halle. Über zahlreiche Anfragen im Rat haben wir erreicht, dass die Stadt über ihre Aktivitäten in der Fluglärmkommission des Flughafens informiert und auf veränderte Flugrouten drängt. Darüber hinaus haben wir eine Verbesserung des Lärmschutzes am geplanten letzten Abschnitt der sogenannten Osttangente im Bereich Halle-Dautzsch erreicht.

Energieeffizienz in kommunalen Gebäuden lässt sich durch Verbesserungen an der Hülle und in der Anlagentechnik erreichen. Damit werden laufende Kosten gesenkt. Unsere Fraktion hat in der aktuellen Wahlperiode mehrfach vorgeschlagen, hier einen Investitionsschwerpunkt zu bilden und konkrete Maßnahmen benannt. Der Investitionsstau bei den städtischen Immobilien ist allerdings weiterhin enorm. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel reichen nicht einmal aus, die laufenden Instandsetzungsmaßnahmen zu finanzieren, geschweige denn, die notwendigen Sanierungen der Schulen und Kitas voranzutreiben. Fehlende Eigenmittel verhindern die Nutzung von Förderprogrammen. Auch fehlt weiterhin – entgegen von uns initiiertem Ratsbeschlüsse – ein Raumkonzept der Stadtverwaltung, um zu klären, welche Verwaltungsgebäude die Stadt künftig nutzen will.

Halle hat ein **Schulumweltzentrum Franzmark** – immer noch. Nachdem jahrelang notwendige Investitionen versäumt und auch personell das Projekt auf Sparflamme gesetzt wurde, kam 2009 der Schließungsvorschlag von der Stadtverwaltungsspitze. Mit anderen Beteiligten haben wir uns im Stadtrat für das Umweltbildungsprojekt eingesetzt und einen Vorschlag für eine Betreuung durch einen privaten Träger mit geringerem städtischem Zuschuss erarbeitet. Seit 2013 hat der Umweltverband BUND nun endlich offiziell die Trägerschaft für die Betreuung übernehmen können, wir wünschen dazu viel Erfolg!

Kommunale Sicherheit

Wichtiges Anliegen in der laufenden Wahlperiode war und ist eine grundlegende Verbesserung der Verkehrssicherheit in Halle. Noch immer sind die Verkehrsunfallzahlen in unserer Stadt im Vergleich mit anderen Städten viel zu hoch. Gerade FußgängerInnen, RadfahrerInnen und die jüngsten VerkehrsteilnehmerInnen sind betroffen. Mit zahlreichen Initiativen hat unsere Fraktion versucht, Verbesserungen zu erreichen. So wurde auf unseren Antrag hin das Thema **Schulwegsicherheit** in Halle stärker in den Fokus gerückt. Auf der Homepage der Stadt wurden daraufhin für alle kommunalen Grundschulen sogenannte Schulwegpläne bereitgestellt, die von den Schulen selbst und von den Familien genutzt werden können. Intensiv eingesetzt haben wir uns für bauliche Lösungen an **Unfallschwerpunkten** (z.B. den Bau eines neuen Radweges in der Kröllwitzer Straße) und Maßnahmen der Verkehrsberuhigung (z.B. die Sperrung der Kleinen Ulrichstraße für den Autoverkehr). Auf Druck unserer Fraktion erfolgte die Überprüfung der Radwege der Stadt im Hinblick auf eine **Benutzungspflicht** und der **verkehrsgesteuerten Ampeln**, damit diese auch den Radverkehr berücksichtigen. Auch die weitere Umsetzung des **Tempo 30-Zonen** Konzeptes der Stadt haben wir eingefordert.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung sind für jede Bürgerin und jeden Bürger täglich und unmittelbar erlebbar. Sicherheit beinhaltet für unsere Fraktion aber auch die Sicherung der freiheitlich demokratischen Rechte der Menschen.

Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen in Halle sind kein taugliches Instrument zur Bekämpfung von Straftaten. Kameras verhindern keine Straftaten, sondern sorgen nur für deren Verlagerung in überwachungsfreie Bereiche und dienen der Rechtfertigung von Kürzungen bei der Polizeipräsenz.

Mit Initiativen im Stadtrat hat unsere Fraktion in dieser Wahlperiode die seit 1999 gängige Praxis der Überwachung in Halle auf dem Marktplatz hinterfragt. Ergebnis: Die Videoüberwachung zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten erzielt keinerlei belegbare Wirkung. Weder ist ein signifikanter Rückgang von Straftaten nachweisbar noch erhöht sich die Aufklärungsquote durch dieses Instrument. Stattdessen steigen trotz Videoüberwachung die Fallzahlen von Körperverletzungen seit einigen Jahren wieder an. Die Kameras stellen also reine Sicherheitsplacebos dar und halten von spontanen Taten offensichtlich nicht ab. Da eine Wirkung nicht belegbar ist und Überwachungskameras eine Streifentätigkeit der Polizei nicht wirksam ersetzen können, haben wir beantragt, den Aufwand und die Kosten für den Betrieb einzusparen und die Videoüberwachung zu beenden. Leider ist die Ratsmehrheit unserem Vorschlag nicht gefolgt.

Der Kulturausschuss ist das zuständige Gremium für die Beratung von kulturpolitischen Angelegenheiten der Stadt. Doch sind dem Ausschuss bei seiner Arbeit enge Grenzen gesetzt. Einerseits schränken die geteilten Zuständigkeiten die Handlungsoptionen ein – so existieren in der Stadt kulturelle Einrichtungen des Landes und des Bundes. Andererseits wurden die städtischen Bühnen in eine Unternehmensstruktur – die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (TOOH) – überführt, was die Mitwirkungsmöglichkeiten durch den Stadtrat stark reduzierte.

Doch das größte Problem der Kultur in Halle stellen die fehlenden Finanzmittel dar. Durch die Kürzungen bei den Fördermitteln, die das Land mit dem Haushalt des Jahres 2014 vorgenommen hat, wird die TOOH vor schier unlösbare Probleme gestellt.

Das Hauptaugenmerk unseres kulturpolitischen Wirkens liegt darin, die Rahmenbedingungen zu gestalten, um so viel kulturelle Kreativität wie möglich in der Stadt zuzulassen. Ziel ist es, Voraussetzungen zu schaffen, um das abwechslungsreiche kulturelle Angebot in der Stadt – von der sogenannten Hochkultur bis zur freien Szene und Kreativwirtschaft – erhalten zu können. Gleichzeitig sollen neue Ideen Chancen zur Verwirklichung finden – Veranstaltungen beispielsweise, die in ihrer Originalität den Veranstaltungskalender bereichern, aber nicht ein Massenpublikum ansprechen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat sich die Fraktion bereits 2010 nachdrücklich für die Erstellung von „**Kulturpolitischen Leitlinien**“ eingesetzt. Diese sollten über eine reine Bestandsaufnahme hinausgehen und stattdessen eine Richtung für die Entwicklung der Kultur vorgeben, Schwerpunkte festlegen, Orientierung bieten und einen Handlungsrahmen für die Kulturpolitik der nächsten Jahre festlegen. Dies ist auch vor dem Hintergrund immer knapper werdender Mittel, die beispielsweise für Projektförderung im Bereich Kultur zur Verfügung stehen, dringend er-

forderlich. Unsere Fraktion hat sich im Zuge der Erstellung der „Kulturpolitischen Leitlinien“ für ein breites Beteiligungsverfahren eingesetzt und daran mitgewirkt, dass dieses tatsächlich 2011 auf den Weg gebracht werden konnte. Im Ergebnis konnte eine Vielzahl von Verantwortlichen und InitiatorInnen der städtischen Kunst- und Kulturszene für eine ExpertInnenanhörung in den Kulturausschuss eingeladen werden, um eigene Anliegen, Wünsche und Meinungen darzulegen. Dieses Vorgehen hat spannende Zusammenhänge und Erkenntnisse zutage gefördert und war in großen Teilen eine Bereicherung für die Auseinandersetzung und Erstellung der „Kulturpolitischen Leitlinien.“ Der endgültige Entwurf der Richtlinie wird – nach über dreijähriger Bearbeitungszeit – im Winter 2013/14 beraten.

Eines unserer Herzensanliegen ist es, das vielfältige und abwechslungsreiche Programm insbesondere der **freien Kulturszene** im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. In dieser Wahlperiode haben wir uns daher im Zuge der jährlichen Entscheidung zur Vergabe von Fördermitteln regelmäßig für die Förderung von Veranstaltungen der freien Szene, beispielsweise für die Unterstützung von Inszenierungen freier Theatergruppen, stark gemacht. Ein zentrales Anliegen, einen Probe- und Auftrittsort für freie Theatergruppen in der Stadt zu etablieren, konnte bislang jedoch noch nicht verwirklicht werden. Eine Möglichkeit, die noch offen steht und die wir weiter verfolgen, ist die Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia-Theaters – ein entsprechender Antrag dazu wurde 2013 von uns eingebracht. Eine weitere Initiative zur Stärkung der freien Szene war ein Antrag, der die Stadtverwaltung aufgefordert hat, den Rockstation-Kultur e.V., bei der Suche eines neuen Standorts nach Kräften zu unterstützen. Bedeutend ist für uns eine zeitnahe Lösung auch, weil im Ergebnis einer von uns gestellten Anfrage im Jahr 2010 zu Probemöglichkeiten von Nachwuchsbands klar wurde, dass in erster Linie dieser Verein ein entsprechendes Angebot bereithält.

Eine Zäsur dieser Wahlperiode stellt zweifelsohne die **Schließung der Spielstätte des Thalia-Theaters** dar. Trotz intensiver Bemühungen unserer Fraktion den entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss zu kippen (diverse Stadtratsinitiativen 2010, 2011 und 2012), trotz massiver Proteste von Bürgerinnen und Bürgern wurde die Spielstätte des beliebten Kinder- und Jugendtheaters zum Ende der Spielzeit 2011/2012 geschlossen. Begründet wurde der Schließungsbeschluss mit der prekären wirtschaftlichen Situation der Theater, Oper und Orchester GmbH.

tieren und einen sozialverträglichen Übergang zu organisieren. Noch zeichnen sich keine Lösungen ab, die die Zukunft der TOOH langfristig sichern. Eine Konzeption halten wir daher weiterhin für dringend erforderlich. Diese Forderung hatten wir bereits in den Anträgen zum Erhalt des Thalia Theaters erhoben, indem wir 2012 die Erstellung von Entwicklungsszenarien bis 2017 per Antrag eingefordert haben. Im Ergebnis fand sich damals jedoch keine Mehrheit für diese Vorgehensweise.



Ein nachhaltiger Effekt hat sich allerdings nicht eingestellt: Die wirtschaftliche Situation der GmbH ist, auch aufgrund sinkender Zuschüsse des Landes, derzeit so schlecht wie nie zuvor. Eine Umstrukturierung ist tatsächlich erforderlich, allerdings müssen Änderungen als längerfristiger Prozess organisiert werden und können nicht abrupt erfolgen. Es wäre absurd, viel Geld für Abfindungen in der Folge von Entlassungen von Künstlerinnen und Künstlern aufzuwenden, statt diese Mittel in das Kulturangebot zu inves-

Die Sorge um die ausreichende Finanzierung unserer reichen Kulturlandschaft ist ein beständiger Begleiter der Stadtratsarbeit. Wir haben daher 2010 das Anliegen der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM unterstützt, die Einnahmeseite über die Einführung einer **Kulturförderabgabe** zu verbessern. Mit einem Änderungsantrag wollten wir erreichen, dass die über eine zusätzliche (geringfügige) Abgabe der Hotelgäste pro Übernachtung erzielten Einnahmen zweckgebunden dem Kulturhaushalt der Stadt zugute

kommen. Trotz Aussicht auf eine stattliche Mehreinnahme konnte die Mehrheit des Stadtrates von diesem Vorhaben nicht überzeugt werden.

Auch die **Bibliotheken** der Stadt bekommen die Sparzwänge zu spüren. So hat die Stadtverwaltung ursprünglich in den Haushaltsberatungen für 2012 darüber nachgedacht, Stadtteilbibliotheken zu schließen. Unsere Fraktion hat sich gegen diesen Vorschlag gestellt. Die Sparmaßnahme wurde nicht umgesetzt, in dieser Wahlperiode konnten alle Bibliotheken erhalten werden. Damit dies auch zukünftig so bleibt, setzen wir uns dafür ein, nachhaltige und zukunftsfähige Strukturen zu schaffen, die den Erhalt aller Zweigstellen sicherstellen und die Attraktivität der Bibliotheken weiter erhöhen. Aus diesem Grund haben wir 2012 die längst ausstehende Erstellung eines Bibliotheksentwicklungsplans eingefordert. Unsere Initiative stieß auf breite Zustimmung im Stadtrat. Im November 2013 konnte die Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungskonzepts 2014–2018 im Stadtrat beschlossen werden.

Im Zuständigkeitsbereich des Kulturausschusses liegt auch die **Namensvergabe von Straßen und Plätzen**. Zumeist ist mit der Benennung nach verstorbenen Persönlichkeiten die Zielstellung verbunden, diese besonders zu ehren. Kritisch sehen wir daher die noch vorhandene Bezeichnung der Emil-Abderhalden-Straße. Mit der Person Abderhalden bringen wir Fragen wissenschaftlichen Fehlverhaltens, seine inakzeptable Haltung zur Eugenik und sein unrühmliches Agieren als Präsident der Leopoldina zu Zeiten des Nationalsozialismus in Verbindung. Aufgrund seiner Biografie halten wir ihn für nicht würdig, als Namensgeber für eine Straße in der Stadt zu fungieren und haben daher die Umbenennung der Straße eingefordert. Eine abschließende Entscheidung dazu steht jedoch noch aus, da die Leopoldina selbst ein entsprechendes Gutachten zur Aufarbeitung ihrer Aktivitäten in der Zeit des Nationalsozialismus in Auftrag gegeben und die Ratsmehrheit eine Aufschiebung der Beschlussfassung durchgesetzt hat.

Eine weitere Person der Geschichte, der wir aufgrund öffentlich gewordener Vorwürfe eine öffentliche Würdigung absprechen, ist Felix Graf von Luckner. Wir haben uns zusammen mit der Mehrheit des Stadtrates gegen ein Vorhaben der FDP-Fraktion gestellt, Graf Luckner ein Denkmal in Form einer Einzelehrung seiner Verdienste zur Rettung der Stadt Halle zu setzen. Unterstützt haben wir stattdessen 2010 das Vorhaben einer Ehrung aller Bürgerinnen und Bürger, die die Stadt Halle durch ihr engagiertes Auftreten vor der völligen Zerstörung bei Kriegsende 1945 bewahrt haben.

Einen Erfolg erzielte die grüne Fraktion dadurch, dass der Preis **„Das unerschrockene Wort“** Dmitrij Muratow verliehen wurde. Dmitrij Muratow ist Chefredakteur der russischen Tageszeitung „Nowaja Gaseta“, wohl der einzigen unabhängigen und kritischen Tageszeitung in Russland. Wir hatten diesen Vorschlag eingebracht und damit erreicht, dass sich im Jahr 2011 zum ersten Mal der Vorschlag der Stadt Halle bei der Entscheidung der Lutherstädte durchgesetzt hat.

Sportförderung

Wesentliche Ereignisse in der Sportpolitik dieser Wahlperiode waren die Eröffnung des **Erdgas-Sportparks**, dem neuen Fußballstadion, im September 2011 sowie die Ausgliederung der städtischen **Bäder** in eine städtische Gesellschaft. Die Übertragung von sechs Hallen- bzw. Freibädern in die Sport und Bäder GmbH erfolgte zum 1. Mai 2010. Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der hiesigen Stadtwerke GmbH. Die grüne Fraktion hat den Prozess kritisch konstruktiv begleitet und sich beispielsweise für die Einsetzung eines Beirats stark gemacht, der die Mitwirkungsmöglichkeiten des Stadtrates bei den Bädern weiterhin ermöglicht, wenn auch auf recht niedrigem Niveau. Während die Übertragung der Bäder unsere Unterstützung fand, so haben wir den teuren Ersatzneubau des Kurt-Wabbel-Stadions abgelehnt – als einzige Fraktion im Stadtrat. Mit kritischen Nachfragen haben wir versucht, die aus unserer Sicht problematischen Aspekte aufzudecken. Unsere ablehnende Haltung konzentrierte sich nicht auf die notwendige Modernisierung des Fußballstadions, sondern darauf, in welchem opulenten finanziellen Umfang der Umbau betrieben wurde. Unserer Auffassung nach war dieses Unterfangen vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt völlig unzulässig und hat vordringlichere Investitionen – etwa in die Bildungsinfrastruktur – nachhaltig verzögert. Ein weiterer Kritikpunkt war, dass das etwa 17 Mio. € teure Stadion nur einer einzigen Männerfußballmannschaft zur Verfügung steht und weitere städtische Nutzungen über die Spieldaustagungen des HFC hinaus nicht möglich sind.

Schwerpunkt unserer Arbeit im Sportausschuss war die **Unterstützung des Breiten- und Freizeit- sowie des Kinder- und Jugendsports**. Wir haben immer großen Wert darauf gelegt, dass sportliche Einrichtungen für die gesamte sporttreibende Bevölkerung zur Verfügung stehen und nicht vornehmlich im Bereich Spitzensport investiert wird, auch wenn dieser sicher wichtige Beiträge zur Nachwuchsförderung in der Stadt leistet. So sollten beispielsweise kostenintensive

Projekte – wie beispielsweise Kunstrasenfußballplätze – grundsätzlich einem größeren Bevölkerungskreis zugänglich sein. Weitere Themen in unserer Fraktionsarbeit waren das Nutzungskonzept für die neue Ballsporthalle in Halle-Neustadt und der grundsätzliche Bedarf an Hallenzeiten in städtischen Sporthallen für den Schul-, Dienst- und Breitensport.

Eine wichtige Maßnahme auch für den Breiten- und Freizeitsport in Halle stellt aus unserer Sicht das städtische Engagement für den **Eissport** dar. Wenngleich in der Wahlperiode immer wieder neue Probleme bei der Betreibung auftraten, vorrangig finanzieller Natur, so haben wir uns stets für eine Zukunft des Eissports eingesetzt.

Die Erstellung eines bisher fehlenden **Sportprogramms** für die Stadt halten wir für sehr wichtig, damit Entscheidungen der Stadt zur Finanzierung des Sports aufgrund von grundsätzlichen Orientierungen getroffen werden und nicht als Einzelfallentscheidungen zugunsten von bestimmten Sportarten und Sportvereinen. Anlässlich der Konzeption einer Sportentwicklungsplanung für die kommenden Jahre wurde 2011 durch die Stadt ein Entwurf eines Sportprogrammes erstellt, bei dessen Erarbeitung wir auch auf die umfangreiche Berücksichtigung unserer Schwerpunkte geachtet haben. Mit mehreren Änderungsanträgen haben wir uns an der inhaltlichen Ausrichtung beteiligt. Dass das Sportprogramm bislang nicht im Stadtrat beschlossen wurde, bedauern wir sehr, werden aber weiterhin darauf drängen.

Soziales, Gleichstellung und Integration

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Fachausschuss war die Gewährleistung einer möglichst zuverlässigen Unterstützung von freien Trägern und Projekten in den Bereichen Soziales, Integration, Gesundheit und Gleichstellung durch die Stadt Halle. Zu den Haushaltsberatungen eines jeden Jahres, leider auch über die Wahl des neuen Oberbürgermeisters 2012 hinaus, gehörte schon zuverlässig die Abwehr gegenüber geplanten Kürzungen bei der Finanzierung der Arbeit von wichtigen Einrichtungen wie Ausländerbeirat und Seniorenrat, Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege (beispielsweise das gemeinnützige Sozialkaufhaus, die Sozialberatungsstellen, die Begegnungsstätte „Schöpfkelle“), Drogen- und Suchtberatung, Bahnhoftsmission und Wärmestube, Seniorenbegegnungsstätten, Schuldnerberatungsstellen und vielen anderen. Wiederholt haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass im Kontext des Gesamthaushalts geringfügige Kürzungen in diesen Bereichen erhebliche Auswirkungen haben, da an der finanziellen Unterstützung vor allem die notwendigen personellen Ausstattungen hängen. Die Bedarfe an sozialen Projekten in unserer Stadt sind aber unbestreitbar. Dass die Stadtverwaltung immer wieder die Initiative ergreift, hier mittels der vordergründig freiwilligen Leistungen bzw. Pflichtleistungen mit Ermessen (das Angebot muss vorgehalten werden, aber den Umfang kann die Kommune selbst bestimmen) im Sozialbereich die Ausstattungen zu streichen oder auf ein Minimum abzusenken, halten wir für kurzsichtig. Insbesondere bedauerlich ist, dass eine Beratung über die konkrete Arbeit in Einrichtungen und Projekten dabei oft zu kurz kam bzw. gar nicht stattfinden konnte, da die Suche nach Einsparpotentialen für die Stadtverwaltung im Vordergrund stand.

Soziales

Ein Schwerpunkt der Fraktionsarbeit in der aktuellen Wahlperiode war der Einsatz für eine **kostenfreie Mittagsmahlzeit** an Schulen und Kindertagesstätten für alle Kinder. Unsere Nachfragen im Jahr 2010 hatten ergeben, dass ein

gewisser Anteil an Kindern aus Kostengründen nicht an der gemeinschaftlichen Mittagsversorgung teilnimmt. Da Kosten kein Grund sein dürfen, dass Kinder im regulären Tagesablauf einer Einrichtung an einem so wesentlichen Punkt wie dem gemeinsamen Mittagessen außen vor bleiben, haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und DIE LINKE. einen Antrag zur Übernahme der Kosten für die Mittagsmahlzeit von Kindern aus Familien mit geringem Einkommen an Schulen und Kitas initiiert. Zunächst war dieser Antrag auch im Stadtrat erfolgreich. Praktisch wurde das Anliegen jedoch leider nie umgesetzt, da die damalige Oberbürgermeisterin Widerspruch gegen den Beschluss einlegte. Ein kleiner Trost ist dennoch der Umstand, dass mit der Bundesregelung zum Bildungs- und Teilhabepaket ab 2011 die finanzielle Belastung für Familien auf 1 € je Mahlzeit gesunken ist und damit ein flächendeckender sozialverträglicher Tarif für die Essensversorgung an Schulen und Kitas eingeführt wurde. Wir sehen es jedoch nach wie vor kritisch, dass Schulen und Kitas die Teilnahme der Kinder am gemeinsamen Mittagessen von der Zahlungsfähigkeit und -willigkeit der Eltern abhängig machen müssen.

Die Daten in den Kinderarmutsberichten der Stadt von 2009 und 2012 geben Aufschluss darüber, wie viele Familien in der Stadt am Existenzminimum leben und welche gravierenden Folgen dies für das Aufwachsen der Kinder hat. Erschreckend ist insbesondere die Tatsache, dass sich der Trend weiter fortsetzt: die Anzahl der Familien, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, ist zwischen 2009 und 2012 erneut gestiegen. Bedenklich finden wir, dass sich Armut in bestimmten Stadtteilen konzentriert und damit Segregationsprozesse einsetzen, die die Benachteiligung weiter befördern. Wir haben uns daher – gemeinsam mit der Fraktion Die LINKE. – für die Erstellung eines Maßnahmenplans zur **Bekämpfung von Kinderarmut** eingesetzt. Konkret haben wir im Stadtrat erreicht, dass die Stadtverwaltung mit einem Maßnahmenplan eine Untersetzung der im Kinderarmutsbericht dar-

gestellten Handlungsempfehlungen sowie eine regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung der Maßnahmen vornimmt. Ein Erfolg ist auch darin zu sehen, dass mit der Zustimmung eine stärkere Anbindung der Thematik an die kommunalpolitischen EntscheidungsträgerInnen erfolgt: Bislang hatte der Kinderarmutsbericht den Charakter einer Informationsvorlage und wurde folglich von den Ratsmitgliedern lediglich zur Kenntnis genommen. Mit der Beschlussfassung eines Maßnahmenplanes gegen Kinderarmut ist nun eine Stadtratsbeteiligung verbunden und damit auch eine echte Meinungsbildung und Auseinandersetzung mit der Problematik. Vorgesehen war, dass der Entwurf eines Maßnahmenplans Ende des Jahres 2013 vorgelegt wird.

In einer Anfrage an die Stadtverwaltung haben wir außerdem die aus unserer Sicht bedenkliche räumliche Konzentration von in prekären Verhältnissen lebenden Familien in bestimmten Stadtteilen thematisiert, indem wir nach den Strategien zum Umgang mit dieser problematischen Entwicklung gefragt haben. Leider verlangt das Problem, das in vielen Großwohnsiedlungen in Deutschland auftritt, nach komplexen Lösungen. Die Stadt ist bestrebt mit den entsprechenden geförderten Maßnahmen das Wohnumfeld weiter aufzuwerten. Die Ursachen für die Entwicklung werden damit aber leider nicht beseitigt.

Bezüglich der zu beobachtenden Zunahme von sogenannten Trinkerstandorten in der Öffentlichkeit haben wir vorgeschlagen, mittels **aufsuchender Straßensozialarbeit**, auch bekannt als Streetwork, Kontakt zu den Personengruppen aufzunehmen, um sie in ihren persönlichen Problemlagen zu unterstützen und die Beeinträchtigungen durch solche Standorte für die Umgebung zu reduzieren. Existierende Streetwork-Angebote in der Stadt werden jedoch ausschließlich über die Jugendhilfe finanziert und schließen damit die Zielgruppe der über 27-Jährigen aus. Bedauerlicherweise konnte die Stadt keine Förderprogramme ausfindig machen, die die Finanzierung einer notwendigen Personalstelle ermöglicht hätten.

Gleichstellung

Geschlechtergerechtigkeit ist ein Kernziel grüner (Kommunal)Politik. Für gleiche Rechte und Chancen von Frauen und Männern haben wir uns daher in dieser Wahlperiode mit mehreren Initiativen eingesetzt. Die Beseitigung von auf dem Geschlecht basierenden Ungleichheiten, ist aus unserer Sicht eine Gerechtigkeitsfrage. Als unseren größten Erfolg werten wir den durch unseren Antrag hin erfolgten Beitritt der Stadt Halle zur **„Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“** im Jahr 2012 und der damit einhergehenden Verpflichtung zur Erstellung eines **Gleichstellungsaktionsplans** sowie die daraus entstandenen Beratungen und Diskussionen zum Thema. So wurde von der Stadt auf Anregung und unter Mitwirkung u.a. der grünen Stadtratsfraktion im Oktober 2011 ein öffentliches Fachforum zum Thema Gleichstellung in der Kommune durchgeführt. In vier Workshops wurden verschiedene kommunale Themenfelder unter dem Aspekt der Gleichstellung von Frauen und Männern betrachtet. Die Erstellung des Gleichstellungsplans und die anschließende Beschlussfassung im Stadtrat stehen allerdings noch aus. Da wir großen Wert auf die Umsetzung der Verpflichtungen legen, die wir mit dem Beitritt zur Europäischen Charta eingegangen sind, haben wir immer wieder nach dem aktuellen Bearbeitungsstand gefragt und werden das Projekt weiter konstruktiv begleiten.

Mit zwei Anfragen zur geschlechtsspezifischen Datenerfassung (2011 und 2013) wollten wir wissen, wie es um die Gleichstellung im Gefüge der Stadtverwaltung bestellt ist. Mittlerweile wird im jährlichen Personalbericht der Stadt Halle ein Großteil der Statistiken nach Geschlechtern getrennt dargestellt – ein Erfolg, wie wir finden.

Eine weitere Initiative stellt unser Antrag zur **Kinderbetreuung während der Gremienarbeit** dar. Für die ehrenamtlich tätigen Stadträtinnen und Stadträte mit Kindern stellt sich unweigerlich die Frage nach der Vereinbarkeit von Mandat und Familie, wenn ein Großteil der Sitzungen in den Nachmittags- und Abendstunden stattfinden. Wir sind der Auffassung, dass diese Bedingungen besonders Mütter mit kleinen Kindern davon abhalten, für ein kommunalpolitisches Amt zu kandidieren. Die positiven Rückmeldungen aus den anderen Fraktionen waren durchaus ermutigend und die anschließende Zustimmung im Stadtrat Grund zur Freude. Wir erhoffen uns eine Umsetzung des Beschlusses bis zum Beginn der Wahlperiode des nächsten Stadtrates.

Im Zuge der Übertragung des Technischen Hallen- und Salinemuseums in freie Trägerschaft im Jahr 2010 hat sich unsere Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Trägerverein des Museums Hallesches Salinemuseum e.V. auch Mitglieder, die nicht der Salzwirker-Brüderschaft angehören, aufnimmt, denn die Mitgliedschaft in der Salzwirker-Brüderschaft ist traditionell Männern vorbehalten. Unsere Stadträtin Dr. Inés Brock trat als erste Frau dem Verein bei.

Integration

Unser politisches Handeln hat auch die Bedürfnisse von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern, bzw. Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund im Blick.

Mit dem „Leitbild der kulturellen Vielfalt“ der Stadt Halle existiert ein zunächst theoretisches Gerüst zur Verwirklichung des Integrationsgedankens in der Kommune. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass sich die von der SPD-Stadtratsfraktion geforderte „**Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**“ thematisch auch im Integrationsleitbild der Stadt widerspiegelt. Von weitreichender Bedeutung für den Integrationsgedanken war des Weiteren unser gemeinsamer Antrag mit der SPD-Stadtratsfraktion zur Einführung eines **Indikatorensystems** im Bereich Integration und der intensiven Begleitung dieses Vorhabens

durch die entsprechenden Interessengruppen. Hintergrund für die Einführung eines Indikatorensystems ist die Implementierung eines Monitorings, um Integrationsfortschritte im Zeitverlauf messen und Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüfen zu können. Die Vorstellung des Indikatorensets ist im November diesen Jahres erfolgt. Die Gremienbefassung folgt voraussichtlich im Februar 2014.

Zu einer toleranten Stadt, wie wir sie uns vorstellen, gehört auch ein starkes Engagement gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet vor Ort die HALLIANZ für Vielfalt, die mit verschiedenen Projekten gezielt Toleranz und Demokratieverständnis bei Kindern und Jugendlichen fördern will. Wir haben die Arbeit der HALLIANZ für Vielfalt durch Mitwirkung im Begleitausschuss, der die Projekte auf den Weg bringt, unterstützt.

Ein wichtiger Impuls ging auch von unserem, gemeinsam mit unseren Stadtratskolleginnen und -kollegen von SPD und DIE LINKE. gestellten Antrag für ein **Kommunalwahlrecht für Migrantinnen und Migranten** aus. Dieser Beschluss war als Signal in Richtung Landes- und Bundesregierung gedacht – getreu dem Motto: Gleiches Recht für alle!

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Planen und Bauen bleibt auch in einer finanziell stark eingeschränkten Stadt und selbst bei versagten Städtebaufördermitteln ein zentraler Bereich kommunaler Aktivität. Auch bei einer sinkenden Zahl von Neubauprojekten sind zahlreiche Sanierungen umzusetzen. Entsprechend fällt dem Planungsausschuss eine zentrale Rolle in der Entscheidungsfindung und Kontrolle zu.

Denkmalschutz, der Erhalt unserer gebauten Geschichte und der städtischen architektonischen Besonderheiten, war unserer Fraktion ein besonderes Anliegen. So konnten wir mit anderen Fraktionen zusammen die Aufstellung eines städtischen Schutzprogramms, der „Roten Liste“, für besonders bedrohte Baudenkmäler erreichen. Der Stadtrat hat sich in manchen Fällen, wie bei der Brüderstraße in der Altstadt, stärker Denkmalschutzthemen gewidmet. Dennoch bleibt die Gesamtbilanz dieser Wahlperiode durchwachsen, wie insbesondere der Abriss von Gebäuden auf dem Gelände der ehemaligen landwirtschaftlichen Fakultät für den Steintor-Campus und die fatale Entscheidung zum Abriss des Künstlerhauses 188 am Böllberger Weg zeigen. Gerade letztere haben wir über Monate hinweg in Planungsausschuss und Rat vehement zu verhindern versucht.

Die öffentliche Auseinandersetzung und Debatte in den vergangenen Jahren bestimmten einige besonders strittige Bauprojekte (4. Bauabschnitt der Osttangente, Sanierung des ehemaligen Regierungspräsidiums im Paulusviertel inklusive Neubebauung unter Beteiligung der HWG oder die jüngsten GWG-Pläne in Dölau). Vor Ort betroffene Bürgerinnen und Bürger fühlten sich zu spät informiert und forderten dann Mitsprache ein. Diese wiederholt auftretenden schwierigen Konfliktsituationen sind selbstverschuldet: Stadtverwaltung und Stadtpolitik in Halle haben sich noch nicht darauf eingestellt, dass Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich frühzeitig in Planungsprozesse einbezogen werden und mitgestalten wollen. Diesen Wandel haben wir zu befördern versucht. Nicht vergessen werden darf

dabei aber auch, dass oft genug die bestehenden Ratsmehrheiten bessere Bürgerbeteiligung aktiv verhindert haben, etwa als wir diese für das Paulusviertel-Projekt oder das Hufeisensee-Areal beantragt haben. Dem steht das von der Stadtverwaltung selbst initiierte Projekt der umfangreichen **Bürgerbeteiligung** zur Umgestaltung der Steintorkreuzung gegenüber, welches zeigt, was auch in Halle möglich ist.

Die Bedeutung **städtischen Grüns** wird in der Bauplanung noch immer zu wenig als **Wert an sich** anerkannt und muss zu oft hinter anderen Interessen zurückstehen. Besonders gravierend fiel dies bei wiederholten Baumfällungsmaßnahmen und dem gescheiterten Erhalt der Allee während der Sanierung der Otto-Stomps-Straße auf. Seinen neuesten Ausdruck hat dieser Konflikt bei den Planungen zum Ausbau des Hufeisensee-Areals zu einem Golf- und Sportgelände gefunden, der wohl Millionen kosten und den jetzigen naturnahen Charakter des Gebietes massiv verändern wird. Unsere Fraktion kann dieses Projekt daher nicht unterstützen.

Mit vielen anderen Themen und Vorhaben hat sich die bündnisgrüne Stadtratsfraktion ebenfalls beschäftigt, hervorgehoben seien beispielsweise noch der Schutz vor Beeinträchtigungen durch problematische Wirtschaftsansiedlungen oder die Suche nach Lösungen für die sanierungsbedürftige Brunnengalerie in Halle-Neustadt.

Verkehr

Fragen städtischer Verkehrsplanung sind einerseits eng mit anderen Planungsprozessen verzahnt, andererseits bestehen durchaus eigene **Gestaltungsspielräume**, soweit der Stadtrat zuständig ist. Aufgabe des Stadtrates ist es, Beschlüsse zu Bau- und Planungsvorhaben zu fassen und städtische Vorhaben zu begleiten und zu kontrollieren, beispielsweise bei Straßensanierungen. Wesentliche Themen waren die Auseinandersetzungen um die Trassenführung und Ausgestaltung des 4. Bauabschnitts der Haupterschließungsstraße Halle-Ost (Osttangenten), die Diskussion der Verkehrsprojekte im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA (hier insbesondere zur Zukunft der Hochstraße, wozu wir einen eigenen Vorschlag in die Diskussion eingebracht haben), die Auseinandersetzung um Detailprojekte des sogenannten Stadtbahnprogramms und die Diskussion zum Verkehrsentwicklungsplan 2025 (VEP).

Die bündnisgrüne Fraktion hat sich daneben vor allem dem Rad- und Fußverkehr, der Sicherheit insbesondere von schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen und dem ÖPNV gewidmet. In den Diskussionen im Stadtrat und seinen Ausschüssen haben wir uns regelmäßig **gegen überzogene Planungen** ausgesprochen. Denn noch zu oft werden in Halle trotz gegenläufiger Nutzungstendenzen Straßen und Parkplätze überdimensioniert geplant. So hat sich unsere Fraktion früh und entschieden gegen einen vierspurigen Ausbau der Straße Gimritzer Damm ausgesprochen. Erfreulicherweise hat nun auch die Stadtverwaltung ihre diesbezüglichen Planungen korrigiert. Auch bei den Umbauplanungen für die Steintor-Kreuzung haben wir frühzeitig auf Defizite für den Radverkehr hingewiesen. Hier konnten gegenüber der ersten öffentlich vorgestellten Variante bessere Radverkehrslösungen erreicht werden.

Leider wird aber noch in vielen Details eine erhebliche Bevorzugung des PKW-Verkehrs in Halle deutlich. So werden weiterhin Neubauplanungen für Parkplätze am Altstadtring vorangetrieben, obwohl die vorhandenen Parkeinrichtungen

nachweislich nicht ausgelastet sind. Andererseits wurde selbst der von uns unterstützte beschlossene Ratsbeschluss zur Errichtung von 1.000 neuen Fahrradabstellanlagen in mehreren Jahren noch nicht vollständig umgesetzt. Und während oft genug Fußwege und Kreuzungen zugeparkt sind, wird diese Behinderung von der Stadtverwaltung nicht etwa mit verstärkter Motivation angegangen, sondern zuletzt sogar die Freigabe weiterer Fußwege als Parkflächen geprüft. Wir wünschen uns ein stringenteres Vorgehen gegen Falschparken auf Fuß- und Radwegen und haben die Stadtverwaltung in einem Antrag zur Vorlage einer Konzeption und entsprechendem Handeln aufgefordert. Gleichwohl deuten andere konzeptionelle Entscheidungen einen langsamen Wandel an. Hervorzuheben ist hier insbesondere das neu beschlossene und von uns unterstützte Einzelhandels- und Zentrenkonzept, dessen Umsetzung unter anderem eine wohnortnahe, fußläufige Lebensmittelversorgung sicherstellen soll. Und auch im bisherigen Aufstellungsprozess zum VEP deutete sich die eine oder andere zukunftsfähige Festlegung an.

Zur Verbesserung des **Radverkehrs** haben wir außerdem die Prüfung der Freigabe zusätzlicher Verbindungen (beispielsweise durch die Öffnung von Einbahnstraßen) nach der StVO-Novelle eingefordert und haben hartnäckig Ausschilderungs- und Abstellprobleme (Saaleradwanderweg, Radstation am Hauptbahnhof) oder Verkehrssicherheitsfragen (Winterdienst auch für Radwege) thematisiert. Es ist aber auch festzuhalten, dass bessere Lösungen bei der Sanierung der Klausbrücke oder der Kröllwitzer Straße gegen unsere Anträge von der Ratsmehrheit abgelehnt wurden.

Dass auch der **ÖPNV** unserer Fraktion sehr am Herzen liegt, haben wir mit unserem Einsatz für Verbesserungen bei Tarifen und Strecken gezeigt. Initiativen betrafen beispielsweise den Erhalt der S-Bahn-Linie 7 und der Straßenbahnlinie 6, die Benutzungsfreundlichkeit und Verschränkung mit anderen Verkehrsmitteln (Mobilitätsstationen) oder die Inhalte des Nahverkehrsplanes der Stadt.

Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung

Da die Arbeit der städtischen Wirtschaftsförderung und des sie begleitenden Ausschusses nach Meinung unserer Fraktion immer noch viel zu sehr von der Vorstellung bestimmt ist, Investoren und Ansiedlungen durch eine millionenteure Infrastrukturangebotspolitik „herbeibauen“ zu können (Osttangente, Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost, „Star-Park“ an der A14), hat unsere Fraktion versucht, in diesem Bereich andere Akzente zu setzen.

Wichtiger Schwerpunkt war daher während der Wahlperiode der Versuch, den Blick auf die wahre städtische Infrastrukturlücke zu lenken – den seit Jahren beklagten Mangel an schnellen **Breitband-Internetanschlüssen** selbst in Innenstadtlagen. Wir haben die Stadtverwaltung wiederholt aufgefordert, endlich selbst aktiv zu werden. Konkret haben wir einen lokalen Breitbandgipfel vorgeschlagen (welcher dann einmalig 2010 und folgenlos stattfand), ein Pilotprojekt zur Verbesserung der Versorgung wenigstens in einem Stadtviertel beantragt und wiederholt auf verfügbare Landesfördermittel und Lösungsmöglichkeiten, wie in vielen Gemeinden erfolgreich in diesem Bereich agierende Stadtwerke, hingewiesen. Doch ist dies leider oft am mangelnden Interesse der Stadtverwaltung gescheitert, daher harren Stadtratsbeschlüsse weiter ihrer Umsetzung. Dabei hat sich die Situation in Halle bezüglich leitungsgebundener Anschlüsse (oder gar Glasfaser) nicht merklich verbessert und für viele Einsatzzwecke und Anwendungen sind teure und volumenbegrenzte (Mobil)funkbasierte Lösungen wie LTE kein Ersatz. Sichtbarstes Ergebnis unserer Bemühungen war dann die Einrichtung des kostenfreien **WLAN-Angebots auf dem Marktplatz**. Dieses war bei unserer Beantragung angeblich noch unmöglich, nun macht es seit Jahren als Sponsoringprojekt den Aufenthalt auf dem Markt attraktiver.

Wichtig war unserer Fraktion auch, deutlich darauf hinzuweisen, dass moderne Wirtschaftsentwicklung untrennbar mit der Wissenschaftsentwicklung verbunden ist. Daher haben wir wiederholt das Schicksal von und die **Kooperation mit den halleschen Hochschulen** und Forschungseinrichtungen stärker in den Fokus der kommunalpolitischen Aufmerksamkeit gerückt. Klarsten Ausdruck hat dies mit der von uns beantragten Kompetenzerweiterung und Umbenennung des bisherigen Wirtschaftsförderungsausschusses nunmehr auch als Wissenschaftsförderungsausschuss gefunden. Es war unsere Fraktion, die frühzeitig und hartnäckig die Finanzierung von Universität und Universitätsklinikum im Rat thematisiert und dort für politische Unterstützung gegenüber dem Land geworben hat. Und es war ebenfalls unsere Fraktion, die als erste eine deutlich verbesserte Kooperation zwischen Hochschulen und Stadt einforderte – ein erfreulicherweise erfolgreich angelaufener Prozess, welcher seinen vorläufigen Höhepunkt mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen Stadtverwaltung und Martin-Luther-Universität im Oktober 2013 gefunden hat. Darüber hinaus haben wir auch in schwierigen Haushaltsjahren dafür geworben, die städtische Hauptwohnsitzkampagne für Studierende als alternativen Anreiz zur Zweitwohnsitzsteuer beizubehalten und kontinuierlich anzubieten. Des Weiteren haben wir die Bedingungen für internationale Studierende und WissenschaftlerInnen thematisiert.

Weiterhin hat sich unsere Fraktion für eine Verbesserung der touristischen Erschließung Halles eingesetzt und dabei insbesondere für Verbesserungen im Bereich **Rad- und Saaletourismus** geworben. Beispiele sind der Einsatz für eine bessere Ausschilderung und den Ausbau der Fernradwege im Stadtgebiet, die Ratsinitiative zur Verbesserung der Nutzbarkeit der Uferbereiche der Saale als Erholungsorte und die Prüfung der Freigabe neuer Saalebadestellen bis hin zur Erstellung eines spezifischen Konzepts für die gesamte Saale im Stadtgebiet, welches nun

Bestandteil des neuen Integrierten Stadtentwicklungskonzepts werden soll. Darüber hinaus werden durch unsere Initiative mit einem Tourismuskonzept die Stärken und Schwächen des Tourismusstandorts Halle kritisch durchleuchtet. Auch die Struktur der Stadtmarketinggesellschaft selbst haben wir auf den Prüfstand gestellt. Denn angesichts der Tatsache, dass die Stadt für über 90% des Budgets der Gesellschaft aufkommt, hat nach unserer Auffassung der Stadtrat durch die bestehende Vertragskonstruktion zu wenig Mitspracherechte. Unser Antrag dazu war erfolgreich, eine Umsetzung desselben durch die Stadtverwaltung steht aus.

Ein konkretes Projekt hatte sich unsere Fraktion in dieser Wahlperiode mit der Sicherung der Aufenthaltsqualität in der **Kleinen Ulrichstraße** auf die Fahnen geschrieben. Dieses Kleinod aus Kneipenmeile und Einzelhandel lässt sich besser ohne PKW-Durchgangsverkehr genießen, daher haben wir wiederholt auf eine Verkehrsberuhigung gedrungen.

in memoriam

Annerose Runde
1932–2011

Stadträtin von 1991 bis 1994
Langjährige sachkundige Einwohnerin bis 2011



www.gruene-fraktion-halle.de

